

SVP *ja*

SVP
UDC

Die Zeitung des Mittelstandes

Wie gerupfte Hühner

Immer mehr zahlen und immer weniger mitbestimmen. So kann es nicht weitergehen! Die SVP tritt an gegen die linke Koalition aus SP, FDP und CVP, die uns höhere Steuern und Krankenkassenprämien sowie einen Verlust an Unabhängigkeit und Sicherheit eingebrockt hat.

Seiten 2 - 3



Prämiensenkungsinitiative

Seiten 5, 13 und 16

Die Krankenkassenprämien schlagen im Herbst um bis zu 30% auf. Zeit zu handeln!

DV am Mittelpunkt der Schweiz

Seite 7

Die DV vom 13. September findet auf der Äggi-Alp statt. Themen sind Einbürgerung und Asylpolitik.

Polit-Projekt "Swiss" gescheitert

Seite 10

Die SVP hat mit ihrer Ablehnung der Swiss-Kredite Recht erhalten - sie warnte stets vor Blauäugigkeit

Das haben wir den anderen Parteien zu verdanken:



Darum jetzt

SVP

**Schweizer
Qualität** 

Wer etwas ändern will wählt SVP!

Gerupft

In den letzten 10 Jahren haben sich die Einnahmen des Bundes nahezu verdoppelt. Die Bürgerinnen und Bürger werden laufend mehr zur Kasse gebeten - mehr als die Hälfte des Jahres arbeiten wir nur, um Steuern und Zwangsabgaben zu berappen. Aber das hat trotzdem nicht gereicht. Die Schulden des Bundes haben sich seit 1990 fast verdreifacht. Trotzdem wurde und wird weiter Geld zum Fenster hinausgeworfen: für Swiss, Expo, Kinderkrippen, das Asylwesen, die Wohnbauförderung usw. Das Gold wird statt für die AHV für alles Andere ausgegeben. Die Invalidenversicherung wird für alles Unmögliche missbraucht, die Krankenkassenprämien steigen und steigen. Mit der Mutterschaftsversicherung wird ein weiteres nicht finanziertes Sozialwerk gebastelt. Bürgerinnen und Bürgern bleibt immer weniger zum Leben, man kommt sich vor wie ein gerupftes Huhn.

Gefesselt

Doch nicht genug damit: Trotz immer höheren Einnahmen gelingt es dem Staat immer weniger, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Delikte gegen Leib und Leben, Vergewaltigungen, Nötigungen, Drogenhandel usw. nehmen erschreckend zu. Weit mehr als die Hälfte der Straftäter sind Ausländer. Beim Handel mit Drogen beträgt der Ausländeranteil sogar über 80 %. Der politische Wille, die Grenzkontrollen zu verstärken, die Polizei kompromisslos und mit geeigneten Mitteln zu unterstützen und der Kriminalität die Stirne zu bieten, fehlt.

Mundtot

Der politische Handlungsspielraum unseres Landes wird durch internationale Abkommen immer mehr eingengt. Der Bundesrat vertritt zunehmend ausländische Interessen in der Schweiz, statt unsere Interessen im Ausland zu vertreten. Man kommt sich ohnmächtig und gefesselt vor, wenn man beispielsweise an die ausländischen Lastwagenlawinen, das Flugverkehrsabkommen mit Deutschland, die Alpenkonvention usw. denkt. Trotzdem wollen der Bundesrat und die anderen Parteien in die EU. Das heisst für uns, dass wir jedes Jahr 20 Milliarden mehr Mehrwertsteuern bezahlen und den Franken aufgeben müssen, dass die Wohnungsmieten um 30 % steigen und dass die Arbeitslosenraten zunehmen. Und bei der ganzen Übung hätten wir nicht nur zu bezahlen, wir hätten auch weniger zu sagen, weil unsere Rechte nach Brüssel delegiert würden. Wahrlich schöne Aussichten!

Nun will uns auch noch das Bundesgericht den Mund verbinden und uns unsere demokratischen Rechte wegnehmen. Das Schweizer Bürgerrecht wird dem Kauf einer Hundemarke gleichgestellt. Das können wir uns nicht bieten lassen. In unserer Demokratie hat das Volk das letzte Wort und nicht Beamte oder Richter!

Die SVP war nicht dabei

Die SVP wurde durch ihre konsequente Politik zur Neinsager-Partei. Sie hat Nein gesagt zu neuen Gebühren,

Steuern und Abgaben, Nein zur Aufweichung unserer Sicherheit, Nein zum EU-Beitritt, Nein zum UNO-Beitritt, Nein zum Asylrechtsmissbrauch. Die SVP hat in allen Fragen einen gradlinigen Kurs verfolgt. Wenn sich heute Schweizer Bürgerinnen und Bürger wie ein gerupftes, gefesselt, mundtotes Huhn vorkommen, können wir getrost sagen: „Das haben wir den anderen Parteien zu verdanken!“

Wir haben die besseren Lösungen

Die SVP hat Lösungen für eine bessere Zukunft. Die Ausgaben sind endlich zu reduzieren. Es ist möglich, ohne Steuererhöhung und ohne Leistungsabbau den Bundeshaushalt auszugleichen und Schulden abzubauen. Die Krankenkassenprämien können mit unserer Volksinitiative gesenkt werden (siehe S. 5 und 16). Die AHV kann mit Erträgen aus den Goldreserven für die nächsten 10 Jahre ohne Steuererhöhung gleiche Leistungen erbringen. Gegen neue Sozialwerke wie die Mutterschaftsversicherung haben wir das Referendum beschlossen. Sicherheitskräfte müssen stärker unterstützt werden, Strafen müssen wieder Strafen sein. Der Drogenkonsum darf nicht freigegeben werden, Drogendealer sind hart zu bestrafen und auszuweisen. Den Asylrechtsmissbrauch bekämpft die SVP mit einer dritten Volksinitiative.

Auch den Kampf für die Freiheit und Demokratie führt die SVP alleine: Mit einer Volksinitiative soll sicher gestellt sein, dass auch in Zukunft nur



► Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz, Wernetshausen (ZH)

das Volk und nicht die Richter über Einbürgerungen entscheiden. Ein EU-Beitritt durch die Hintertüre über Schengen wird die SVP mit einem Referendum bekämpfen.

Die anhaltenden Erfolge der SVP in den letzten 10-15 Jahren zeigen, dass unsere Forderungen von immer mehr Menschen in der Schweiz unterstützt werden. Auch für die anstehenden Wahlen sagen uns die Umfragen Gewinne voraus. Diese Tatsachen bergen die grosse Gefahr, dass wir erfolgswöhnt und bequem werden und zurücklehnen. Das hiesse zu vergessen, was die SVP stark gemacht hat: Das grosse Engagement unserer Mitglieder. Auch die kommenden Wahlen können wir nur gewinnen, wenn alle SVP-Mitglieder ihren Beitrag leisten. Plakate müssen aufgehängt, Flugblätter verteilt, Standaktionen durchgeführt, Freunde, Verwandte und Nachbarn angesprochen und Veranstaltungen organisiert werden. Es wartet viel Arbeit auf uns. ◀



Dreizehn, Neunzehn, Zweiundzwanzig, Dreiund- zwanzig, Sechszwanzig

In den fünf Zahlen 13, 19, 22, 23 und 26 versteckt sich die moderne Schweizer Geschichte, das Geschick unseres Landes. *Let us imitate their example and be equally happy!* Mit Worten wie diesen forderte der Amerikaner Patrick Henry zur Revolutionszeit seine Landsleute in den Dreizehn Kolonien auf, den Dreizehn Alten Orten der Eidgenossenschaft auf ihrem republikanischen Weg zu folgen. Die Dreizehn Orte selber aber modernisierten ihre Einrichtungen politisch und militärisch zu langsam, um 1798 der Invasion der aggressiven jungen Französischen Republik zu entgehen.

Das Muster, das die Kantone gegeben hatten, der solidarische Zusammenschluss von allein nicht überlebensfähigen Kleinstaaten, diente jedoch auch nach dem ersten Abzug der französischen Truppen 1802 als politische Grundlage der Schweiz und blieb es, als, auf seine erneut an die Aare geschickten Bajonette gestützt, 1803 Napoléon Bonaparte seine Mediation diktierte. Das war die Geburtsstunde jener Eidgenossenschaft der 19 Kantone, von denen sechs dieses Jahr ihren 200. Geburtstag feiern. Bonaparte war, was die Schweiz angeht, ein ausländischer Diktator. Und doch habe ich in meiner Ständeratszeit und auch seither die Jahrzahl 1803 im Ständeratssaal stets gern gesehen, weil die Lösung von 1803 klug, weitblickend, dem Genius dieses Landes angepasst war. Wenn 1803 dem vorherrschenden französischen Einfluss durchaus auch positive Seiten abzugewinnen waren, so konnten doch die seit Jahrhunderten mit der Schweiz verbündeten und zum Teil bereits einmal zur Eidgenossenschaft gehörenden Orte im Westen, Wallis, Neuenburg, Genf, das Bistum Basel 1815 nur deshalb ein Teil der Schweiz werden, weil Wellington Napoléon besiegte.

Es ist ein bezeichnendes Faktum, dass die massgebliche, bis heute gültige Anerkennung der permanenten Neutralität der Schweiz durch die Mächte unter anderem die Unterschrift des Siegers von Waterloo trägt. Dass der Genfer Platz *Place des XXII Cantons* heisst, dass das Bistum Basel zunächst zum Berner Jura wurde, war 1815 der Anfang einer langen und nicht immer glücklichen Geschichte, die 1978 zur Gründung des ersten Kantons durch den Willen des Schweizer Volkes führte. Die 22 im Jahre 1902 am und im neu errichteten Bundeshaus angebrachten Kantonswappen wurden um das Jurawappen ergänzt. Die Halbkantone, die ja in allem ausser im Stimmrecht ganz zählen, als ganze Kantone gerechnet, wird damit die Zahl der 26 Stände der Eidgenossenschaft voll. Der Bund dieser 26 Kantone hat so tiefe und so starke historische Wurzeln, dass es unklug scheint, planerischem oder politischem Willen nach Gestaltungsmacht allzu lange beim Phantasieren über eine neue Kantonseinteilung zuzusehen.

Derartige unfruchtbare Planungsspiele lenken von den wahren Problemen ab und verkennen die Anhänglichkeit der Menschen dieses Landes an ihre Kantone. Aber ob 26 oder 23 oder 22 oder 19 oder 13 Sterne – wie sie in Erinnerung an die Dreizehn Alten Orte noch am Rand der Fünfliber prangen – fest steht, dass eine lebenswerte Zukunft mehr braucht als die nötige menschliche Arbeit allein. Die selbe Randschrift unserer Fünf-Franken-Stücke sagt ja auch DOMINUS PROVIDEBIT, der Herr sorgt vor.

Bundesrat Samuel Schmid

NATIONALE SVP-BEGEGNUNGEN

**am Freitag, 19. September 2003
im neuen Casino von Montreux (VD)**



**Anmeldung über Ihren kantonalen Präsidenten
Preis: Fr. 75.- pro Person (Wein nicht inbegriffen)**



Als Ehrengäste treten auf: NR Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz, NR Christoph Blocher, Präsident SVP Zürich, Franz Weber, Präsident *Helvetia Nostra*, Jean-Claude Mermoud, Präsident der Waadtländer Regierung, Guy Parmelin, Präsident SVP Waadt.

Ein viel versprechendes Programm sorgt für einen unvergesslichen Abend mit einer Führung durch das neue Casino, typischer Montreux-Jazz-Atmosphäre, einem reichhaltigen Waadtländer Menü (4 Gänge), Weinen von Raymond Favez, König des Winzerfestes 1999 sowie einer grossen Tombola.

Nur dieser Weg führt zum Ziel!

Die Gewerkschaften haben ihre Lohnforderungen der Öffentlichkeit präsentiert; dabei haben sie insbesondere auf die stetig steigenden Abgaben und Prämien hingewiesen. Seit Jahren verlangt die SVP genau hier eine dringende Kurskorrektur. Die Prämiensenkungsinitiative der SVP zielt ganz konkret auf

mehr Eigenverantwortung und sinkende Prämienlast ab – vor allem für junge Familien, Senioren und den Mittelstand.

Das Bekenntnis zu mehr Eigenverantwortung wird oft von verschiedensten Seiten abgegeben. Tatsache ist: es gibt eine nicht zu übersehen-

de Ausweitung der Leistungen, es gibt Missbrauch, es gibt eine unzumutbare Kostenentwicklung. Eine höhere Eigenverantwortung muss mit gezielten Anreizen gefördert werden. Die Mütter, welche ihren sommergrippegeplagten Kindern schützend, behütend und mit viel Zuneigung zur Seite stehen, sollten mehr Anerkennung und Unterstützung erhalten, als die Familien, welche durch ein Doppelseinkommen motiviert auf familienexterne Kinderbetreuung setzen – wo die Kinder erwiesenermassen sehr viel früher zum Arzt geschickt werden.

Die stetig steigenden Krankenkassenprämien und die generell abnehmende Eigenverantwortung im Gesundheitswesen beschäftigt die Menschen in diesem Land intensiv und sind für viele zu einer kaum mehr tragbaren finanziellen Belastung geworden. Die Gesundheitspolitik hat versagt, es braucht die Prämiensenkungsinitiative der SVP! Nur so kann dem Mittelstand, den Familien und Senioren in unserem Land, aber auch der öffentlichen Hand mittel- und langfristige ein finanzierbares und qualitativ gutes Gesundheitswesen garantiert werden.

SVP-Prämiensenkungsinitiative als Gesamtkonzept zur Neuordnung des Gesundheitswesens

Mit der Prämiensenkungsinitiative legt die SVP ein Gesamtkonzept vor, welches sich an freiheitlichen Grundsätzen orientiert und die staatlichen Eingriffe auf die Notwendigkeit der sozialen Sicherheit beschränkt. Im Wesentlichen geht es um vier Bereiche, welche wie ein Puzzle ineinander greifen.

Vertragsfreiheit

Die freie Preis- und Vertragsbildung setzt sowohl für die Leistungserbringer (Ärzte, Spitäler, Therapeuten, usw.) und für die Krankenversicherer positive Anreize, was im heutigen starren System nicht möglich ist. Leistungsanbieter, die effizient und wirkungsvoll arbeiten, werden belohnt. Die Versicherungen handeln wie Treuhänder der Versicherten und vereinbaren zusammen mit den Leistungserbringern eine effiziente und kostengerechte Gesundheitsversorgung aus.

Transparenz

Neuregelung der Finanzierung des Gesundheitswesens, d.h. Abkehr von Giesskannensubventionen an öffentliche Spitäler und von der unbeschränkten Defizitdeckung hin zur Beitragszahlung nach Patienten, bzw. Krankheitsfällen.

Leistungskatalog

Eine umfassende Prüfung aller Leistungsangebote und eine regelmässige Überprüfung derselben sind ebenso unabdingbar wie die Förderung der Eigenverantwortung der Versicherten! Ein grosser Teil der Bevölkerung ist heute zwangsweise übertversichert; es werden Leistungen abgedeckt, welche viele Versicherte gar nicht in Anspruch nehmen wollen. Eine Studie hat kürzlich belegt, dass in der Schweiz pro Jahr für über 2,5 Milliarden Franken unnötige, das heisst medizinisch nicht indizierte Leistungen erbracht werden.

Fixierung öffentlicher Beiträge

Mit der Fixierung der Ausgabenbeteiligung von Bund, Kantonen und Gemeinden wird die öffentliche Hand in die Pflicht genommen. Durch diese Massnahme müssen Bund und Kantone vermehrt wirtschaftliche Überlegungen in der Ausgestaltung des Gesundheitswesens einbeziehen.

Gegen Missbräuche

Der für viele in diesem Land normale gesellschaftliche Prozess der Selbstkontrolle findet kaum mehr statt; zuviel wurde in der Vergangenheit dem Staat übertragen. Auch das Kritisieren von Missbräuchen und Fehlverhalten in der Gesellschaft findet viel zu wenig statt. Es ist doch – leider – sicherer Weg zu schauen, als einzugreifen! Menschen welche sich ehrlich gegen Missbräuche und Vergehen wehren und diese beim Namen nennen, sollten gestützt und estimiert werden.

Es ist uns bewusst, dass die ganze Thematik des Gesundheitswesens mit 300'000 Beschäftigten und einem Umsatz von über 40 Milliarden Franken sehr komplex ist und Veränderungen nur mühsam umgesetzt werden können. Doch bevor es zum Kollaps kommt und die mittelständische Bevölkerung unter der Prämienlast zusammenbricht, muss etwas unternommen werden. Helfen sie mit, dieser überlegten und gut vorbereiteten Initiative zum Durchbruch zu verhelfen.

Nationalrat Jürg Stahl,
Winterthur (ZH)



Ausländergesetz mit Schwachstellen

Mit dem neuen Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) soll das heute noch gültige Gesetz von 1931 über Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern (ANAG) abgelöst werden. Trotz einigen Erfolgen der SVP weist das Gesetz noch Schwächen auf.

Als Sprecher der SVP für das neue Ausländergesetz in der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates muss ich feststellen, dass der Ausländeranteil trotz stagnierender Wirtschaft erneut gestiegen ist. Ich bin keineswegs fremdenfeindlich, beängstigend ist für mich nur die hohe Anzahl Ausländer in der Schweiz. Laut Angaben des Bundesamtes für Ausländerfragen beträgt in der Schweiz der Ausländeranteil heute über 20 Prozent. Rechnen wir die „Sans Papiers“ dazu, sind es rund 23 Prozent. Zum Vergleich einige Beispiele aus EU-Staaten: Finnland mit 1,7 Prozent, die Niederlande mit 4,1 Prozent oder der Spitzenreiter Österreich mit 8,9 Prozent! Die Schweiz muss vermehrt auf Kurzaufenthalter setzen.

Verzögerungstaktik der Linken

Schon zu Beginn der Beratungen über das neue Ausländergesetz in der Kommission wurde mir klar, dass die Ansichten in den politischen Gruppierungen extrem auseinander gehen. Die Linke und natürlich auch Mitglieder der FDP und CVP versuchen, mit Hunderten von Abänderungsanträgen Zeit zu gewinnen. So verhindern sie, dass das AuG noch vor den Neuwahlen im Herbst in beiden Räten behandelt wird und aufgezeigt wird, dass nur die SVP bei den

Wahlen die Unterstützung von denen verdient, die gegen noch mehr Zuwanderung sind. Hinter den linken Anträgen verstecken sich verschiedene Hilfswerke, weil für sie die Ausländerproblematik zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden ist und Tausenden von Sozialarbeitern und Anwälten zu einem lukrativen Einkommen verhilft.

Teilerfolge

Nach zähem Ringen können wir SVP-Kommissionsmitglieder doch einige grundlegende Erfolge verbuchen:

► Der Entscheid für eine Aufenthaltsbewilligung muss im Ausland abgewartet werden.

► Aufenthaltsbewilligungen für medizinische Behandlungen werden nur erteilt, wenn Finanzierung und Wiederausreise gesichert sind.

► Die Niederlassungsbewilligung kann bei schwerer Kriminalität und bei Personen, die dauerhaft und in erheblichem Masse auf Sozialhilfe angewiesen sind, widerrufen werden.

Die neue Rechtsgrundlage für die technische Überwachung ankommender Flugpassagiere und die Sanktionen gegen Fluggesellschaften, die ihre Sorgfaltspflicht verletzen, ist ein Resultat der SVP-Asylinitiative.

► Trotz hartem Widerstand konnte die SVP durchsetzen, dass je nach wirtschaftlichem Bedürfnis Arbeitskräfte aus den zehn Ländern der EU-Osterweiterung eine Arbeitsbewilligung für sechs Monate ohne Familiennachzug erhalten.

Ablehnend stehen wir den staatlichen Instrumenten gegenüber, die zur Verbesserung der Integration geschaffen werden sollen. Integration muss von den Ausländerinnen und Ausländer selber ausgehen. Zu weit geht uns auch der vereinfachte Familiennachzug, der kaum noch beschränkt wird. So fallen, insbesondere für die Kantone, hohe Kosten im Sozialbereich sowie für schulische und Integrationsmassnahmen an.

Asylgesetz-revision bringt nichts!

Die Teilrevision des Asylgesetzes wurde vom Bundesrat am 4. September 2002 verabschiedet, der fürchtete, das Schweizervolk könnte die SVP-Asylinitiative annehmen, über die im November 2002 abgestimmt wurde. Leider hat die Staatspolitische Kommission des Nationalrates im Frühjahr 2003 beschlossen, das neue Ausländergesetz und die Teilrevision des Asylgesetzes gleichzeitig zu behandeln. Das ist eine weitere Verzögerungstaktik der anderen Parteien mit dem Ziel, bis zu den Wahlen in Ausländer- und Asylfragen



► Nationalrat Walter Glur, Glashütten (AG)

nicht Farbe bekennen zu müssen.

Im Gegensatz zum neuen Ausländergesetz bringt die Asylgesetzrevision nichts, was den Asylmissbrauch endlich stoppen und die Sogwirkung sowie die Attraktivität verringern würde, illegal in die Schweiz zu gelangen. Der Bundesrat ist nicht willens oder fähig, das Asyldebakel zu beheben.

Unser Land wird schamlos ausgenutzt wie die Worte eines russischen Asylanten bestätigen. Dieser wird nach der achten Festnahme bei einem Diebstahl in einem Warenhaus im Polizeirapport wie folgt zitiert: „Die Schweiz ist das dümmste Land der Welt, ich stehle und laufe immer wieder frei herum. Ich bin nur in die Schweiz gekommen, um zu klauen, und das tue ich alle Tage.“

Wir brauchen dringend eine dritte SVP-Asylinitiative! ◀

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat!

Delegiertenversammlung im Mittelpunkt der Schweiz

Die Delegierten der SVP treffen sich am 13. September beim geographischen Mittelpunkt der Schweiz, auf der Älggi-Alp im Kanton Obwalden. Zu reden geben wird der Bundesgerichtsentscheid über die Einbürgerungen sowie der zunehmende Asylrechtsmissbrauch. Für Spannung ist also gesorgt.

Die SVP nutzt die Symbolkraft der Älggi-Alp, an die ursprünglichen Werte der Schweiz zu erinnern und sich dafür einzusetzen. Werte, welche die Grundlagen der direkten Demokratie bilden, jedoch immer mehr in den Hintergrund gedrängt werden. Mit dem Bundesgerichtsentscheid gegen die Einbürgerungen durch das Volk beispielsweise, wird dem Schweizer Bürger das Mitspracherecht genommen. Was bisher das Volk entscheiden konnte soll nun der Verwaltung übertragen werden. Dies ist ein weiterer Schritt der Strategie, die Ausländerzahlen durch vermehrte Einbürgerungen künstlich tief zu halten. Ebenso nimmt der Bundesrat den Schweizern die Sicherheit im eigenen Land, da er seiner Aufgabe im Bereiche der Asylpolitik nicht nachkommt und dadurch zahlreiche Missbräuche zulässt. Diesem Trend muss entgegen gewirkt werden.

Zwei Initiativen

Deshalb steht an der Delegiertenversammlung die Lancierung zweier Initiativen zur Debatte, die genau diese Missstände ändern wollen. In der Asylpolitik geht es vor allem darum, dass sich der Bund für einen effektiveren Grenzschutz einsetzt, die Verantwortung für die Asylsuchenden übernimmt und eine echte Drittstaatenregelung praktiziert. Mit einer Initiative für

bewährten Rechte stark zu machen.

Ausgeklügelte Logistik

Der Mittelpunkt der Schweiz ist nicht leicht zu erreichen. Da die Strasse auf die Alp für

Wanderung dauert rund 3.5 Stunden und erfordert eine gewisse Übung sowie gutes Schuhwerk. Für Verpflegung ist ebenfalls gesorgt. Sei es mit Kaffee und Gipfeli vor dem Transport beziehungsweise der Wanderung oder mit Obwaldner Spezialitäten auf der Alp.

Die Versammlung beginnt um 12.00 Uhr und findet unter freiem Himmel, umgeben von der Kulisse der Innerschweizer Alpen statt. Neben dem Grusswort des Obwaldner SVP-Präsidenten Albert Sigrist und einer Ansprache von Parteipräsident Ueli Maurer werden Regierungsrätin Rita Fuhrer, Nationalrat André Bugnon und Nationalrat Otto Laubacher als Referenten auftreten und durch die Veranstaltung führen.

Anmeldung erforderlich

Die Anmeldung für diese Delegiertenversammlung ist bis spätestens Freitag, dem 5. September 2003, auf dem Generalsekretariat erforderlich. Für die Organisation von Shuttle-Dienst und Wanderung ist bei der Anmeldung ebenfalls die gewünschte Variante anzugeben. Weiter gilt es zu beachten, dass die Versammlung bei jeder Witterung statt findet. Das heisst, wetterfeste Kleidung und Regenschutz sind empfehlenswert. Bei Regen kann es auf der Alp sehr kühl werden. Wir freuen uns, Sie auf der Älggi-Alp, zu begrüssen!

Yvonne à Porta
Generalsekretariat SVP

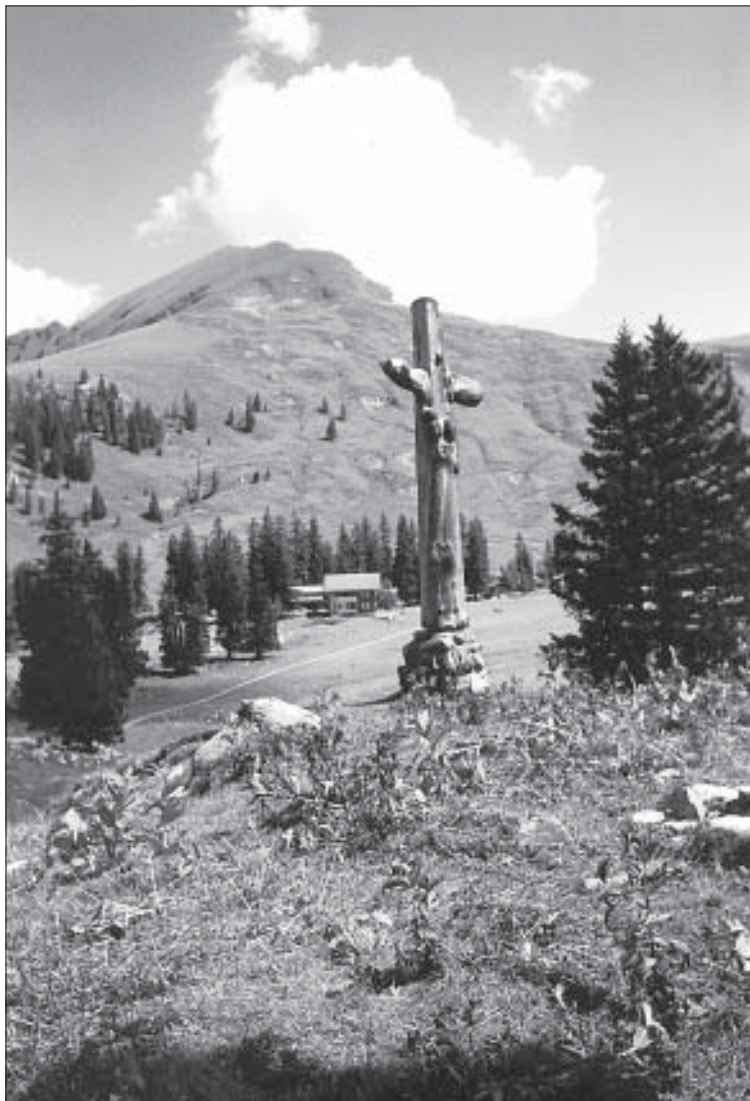
Inserat

Erfolg ist planbar. Wie? Die Gratisbroschüre

„Das Erfolgsgeheimnis“

gibt Auskunft. Sofort anfordern!

Von Hans Müller, Heimatweg 1, 5040 Schöftland



► Der Mittelpunkt der Schweiz: die Älggi-Alp oberhalb von Sachseln (OW)

Volksrechte statt Richterwillkür soll dafür gesorgt werden, dass die Autonomie der Gemeinden respektiert und kein Beschwerderecht für abgelehnte Einbürgerungsgesuche eingeführt wird. Somit hätte das Volk die Gelegenheit, direkt auf den Bundesgerichtsentscheid zu reagieren und sich für den Erhalt seiner

private Fahrzeuge gesperrt ist, wird für den Transport ein spezieller Shuttle-Dienst organisiert, der die Teilnehmer sicher auf die Alp bringt. Für Privatfahrzeuge stehen genügend Parkplätze im Tal (Sachseln) zur Verfügung. Daneben besteht auch die Möglichkeit, die Älggi-Alp (1650 M.ü.M.) zu Fuss zu erreichen. Die

Eine Partei in Hochform!

Rund 1200 SVP-Mitglieder und Sympathisanten trafen sich am Samstag, 23. August in der schön dekorierten Reithalle in Holziken (AG) zum traditionellen SVP-Parteifest 2003. Dem begeisterten Publikum wurde nebst einem spannenden politischen Schlagabtausch zur Aussenpolitik und Asyl- und Ausländerproblematik ein abwechslungsreiches Unterhaltungsprogramm geboten. Jung und Alt kamen voll auf ihre Rechnung!



► Kandidieren im Kanton Bern für den Nationalrat: Andrea (l.) und Sabina Geissbühler und Niklaus Blaser



► Grossrat und Nationalratskandidat Thomas Fuchs (l.) und Heinz S. Berger, Wichtrach (BE)



► NR-Spitzenkandidat der SVP International: Rolf B. Schudel (r.) mit Begleiterin Daniela Berroud



FDP: Suter

► Wagte sich in die Höhle des Löwen: FDP-Nationalrat Marc F. Suter aus Biel (BE)



► Ermahnte die Mitglieder zu Engagement und Einsatz für die Wahlen: Parteipräsident Ueli Maurer



SVP: Blocher

► Voll im Element: Nationalrat Christoph Blocher (l.) und Moderator Hannes Britschgi, Chefredaktor FACTS



SVP: Brunner

► Klare Voten und starke Positionen: Nationalrat und SVP-Vizepräsident Toni Brunner (SG)



SP: Gross

► Gewisse Sympathien für die SVP: SP-Nationalrat Andreas Gross aus Zürich



► Fraktionschor zum Ersten



► Hatten das Publikum auf ihrer Seite: (v.l.n.r.) Generalsekretär Gregor A. Rutz, Fraktionspräsident Caspar Baader und Parteipräsident Ueli Maurer



► Fraktionschor zum Zweiten



► Solosänger der Berner Strophe:
Nationalrat Simon Schenk, Trubschachen (BE)



► Sang sich in alle SVP-Hezen:
Schlagerstar Marianne Cathomen



► Solosänger aus der Romandie: Nationalrat André Bugnon (r.) und Dirigent Nationalrat Hanspeter Seiler



► Solosänger der Innerschweizer Strophe:
Nationalrat Marcel Scherer, Hünenberg (ZG)



► Charmante Tombola-Glücksfee: Regierungsrätin Rita Fuhrer (l.) mit Moderator Peter Pfändler



► Solosänger der Ostschweizer Strophe:
Nationalrat Toni Brunner, Ebnat-Kappel (SG)



► Solosänger der Zürcher Strophe:
Nationalrat Max Binder, Illnau (ZH)



► Die lebende Volksmusik-Legende begeisterte alle:
Dr Schacher Seppli alias Ruedi Rymann



► Spielten Hits am laufenden Band:
Die Dani Felber Big Band aus dem Thurgau



► Gesangliche Topleistung als krönender Abschluss:
Das Duo Rhonda Dorsey (l.) und Reggie Saunders



► Begeisterte Jung und Alt: Die eindrückliche Lasershow
der Firma Winkler Veranstaltungstechnik AG



Swiss - Chronik eines Debakels

Mehrmals hat der Bundesrat betont, unter keinen Umständen Geld in eine Fluggesellschaft zu stecken. So sagte Pascal Couchepin (FDP) im März 2001: „Die Swissair braucht uns nicht, und wir wollen uns nicht einmischen.“ (Cash, 23.3.2001) Auf die Frage, ob sich der Bund mit einem „grösseren Aktienpaket“ an der Swissair beteiligen solle, antwortete Couchepin: „Das kommt nicht in Frage.“ (Cash, 23.3.2001).

23.10.2001). Und zum Zweiten: „Der Bund hat sogar die Chance, dass sein Engagement sich nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch in Form von steigenden Aktienkursen rechnet.“ (Tages-Anzeiger, 16.11.2001) Die FDP verkündete: „Das weiterhin kritisierte Engagement wird sich lohnen.“ (Pressedienst Nr. 47, 2001).

Heute sehen wir: Die Milliarden sind weg, die Swiss macht täglich Millionenverluste, die

ausgeführt, dass die Finanzkommission von dem Projekt in der Grössenordnung von 26 Mittel- und 26 Langstreckenflugzeugen ausgeht. (...) Der Bund und die Finanzkommission sind nicht bereit und auch nicht verpflichtet, sich für ein Projekt zu engagieren, das unterhalb dieser Grössenordnung bleibt.“ (NR, 16.11.2001).

Heute starten die Medien Umfragen bei den Politikern, ob sie eine Beteiligung der Lufthansa oder die Mitgliedschaft bei One-World vorziehen. Die „Blick“-Blätter mischen sich ganz ungeniert in die Unternehmensführung ein. Mit Walter Bosch ist ein ehemaliger Ringier-Mann der neue starke Mann im Verwaltungsrat der Swiss.

Keine Verantwortung – nur Ausreden

Christoph Blocher in der Nationalratsdebatte vom 16.11.2001 zur Swiss-Beteiligung: „Wer trägt denn hier eigentlich welche Verantwortung, und wer zahlt eigentlich, wenn es schief geht? Es sind andere als die, die von Verantwortung gesprochen haben.“

Keiner der beteiligten Politiker ist heute bereit, Verantwortung zu übernehmen. Von SP bis FDP wird behauptet, das Engagement sei grundsätzlich richtig gewesen. Ausrede reiht sich an Ausrede.

Heute heisst es: „Fluggesellschaften durchleben harte Zeiten: Rezession, Irak und Sars. Das entschuldigt nicht alles: Der Verwaltungsrat der Swiss ist ein Ausfall. Er hat die Erwartungen nicht erfüllt. Das Management arbeitet suboptimal. Zu viel wurde angekündigt, zu we-

nig realisiert. Der Bundesrat ist auf Tauchstation.“ (Peter Bodenmann im Blick, 30.4.2003).

Keinen Franken mehr?

Die Bundesräte Leuenberger und Villiger: „Der Einsatz weiterer Bundesmittel zur Aufstockung des Swiss-Kapitals oder die Ablösung von Krediten Dritter ist ausgeschlossen.“ (Bund, 5.1. 2003).

André Kudelski (Beirat der CS, Beirat der früheren Swissair, Swiss-Verwaltungsrat) fordert bereits Geld vom Staat. Auch der Verwaltungsratspräsident der CS, Walter Kielholz, wünscht sich ein verstärktes Engagement des Bundes.

Das Eidgenössische Finanzdepartement hält dagegen: „Vom Bund wird es keinen Franken mehr für die Swiss geben.“ (Tages-Anzeiger, 22.1. 2003). Von Finanzminister Villiger wird es vielleicht kein Geld mehr geben. Er will Ende Jahr zurücktreten. Aber auf ihn wartet ein würdiger Nachfolger: Franz Steinegger. Ein Bundesrat von Ringiers Gnaden. Franz Steinegger kann sich weitere Bundesmillionen durchaus vorstellen: „Wenn aber die Swiss richtig fliegen soll, braucht es weitere Massnahmen. (...) Eine allfällige Mitwirkung der öffentlichen Hand an einer Kapitalaufstockung müsste von harten Kostenkriterien auch im Bereich des Personals abhängig gemacht werden.“ (Blick, 13.8.2003)

Die Chronik eines Debakels scheint noch um ein paar Kapitel ergänzt zu werden. ◀

Nationalrat
Christoph Mörgeli,
Uerikon (ZH)



Bild SPB / Marcus Gyger

► Haben das Volk angelogen: Die Bundesräte Kaspar Villiger (l.) und Moritz Leuenberger anlässlich einer Ständeratsdebatte zur Swissair-Krise.

Die Landesregierung versicherte noch am 12.9.2001: „Der Bundesrat erachtet es nicht als Aufgabe des Bundes, die Swissair Group mit Steuergeldern zu sanieren oder zu subventionieren.“ Heute ist der Bund der grösste Aktionär der Swiss. 2,5 Milliarden Franken wurden weitgehend vernichtet.

Die falschen Propheten

Die Politik hat den Schweizerinnen und Schweizern vorgetäuscht, die Swiss-Milliarden seien volkswirtschaftlich nützlich und notwendig. Peter Bodenmann (SP): „Die neue Gesellschaft wird absehbar ein Erfolg.“ (Blick

Arbeitslosen sind trotzdem da und der Bund ist noch tiefer ins Fluggeschäft verstrickt.

Einmischung von Politik und Medien

SP, Gewerkschaften und Personalverbände drückten nicht nur die Staatsbeteiligung durch. Sie diktierten auch noch die Vorgaben, unter denen sie zu erfolgen habe. Mit Horrorszenarien (es wurde von bis zu 80'000 möglichen Arbeitslosen gesprochen) befahlen sie schliesslich das verfehlte 26/26/82-Modell.

Preisüberwacher (!) Werner Marti (SP): „Ich habe bereits

Letzte Session vor den Wahlen

Ein letztes Mal werden die eidgenössischen Räte in der alten Zusammensetzung in Bern zusammenkommen. Und zum letzten Mal in dieser Legislatur wird die alte Koalition von SP, FDP und CVP alles daran setzen, um mögliche SVP-Erfolge zu verhindern, sogar bei den Richterwahlen. Die Beratungen zum Bürgerrechtsgesetz, zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes, aber auch zu den Steuer- und Sparvorlagen werden einmal mehr zeigen, dass allein auf die SVP immer Verlass ist. Die SVP hat sich für die letzte Session klare Ziele gesetzt.

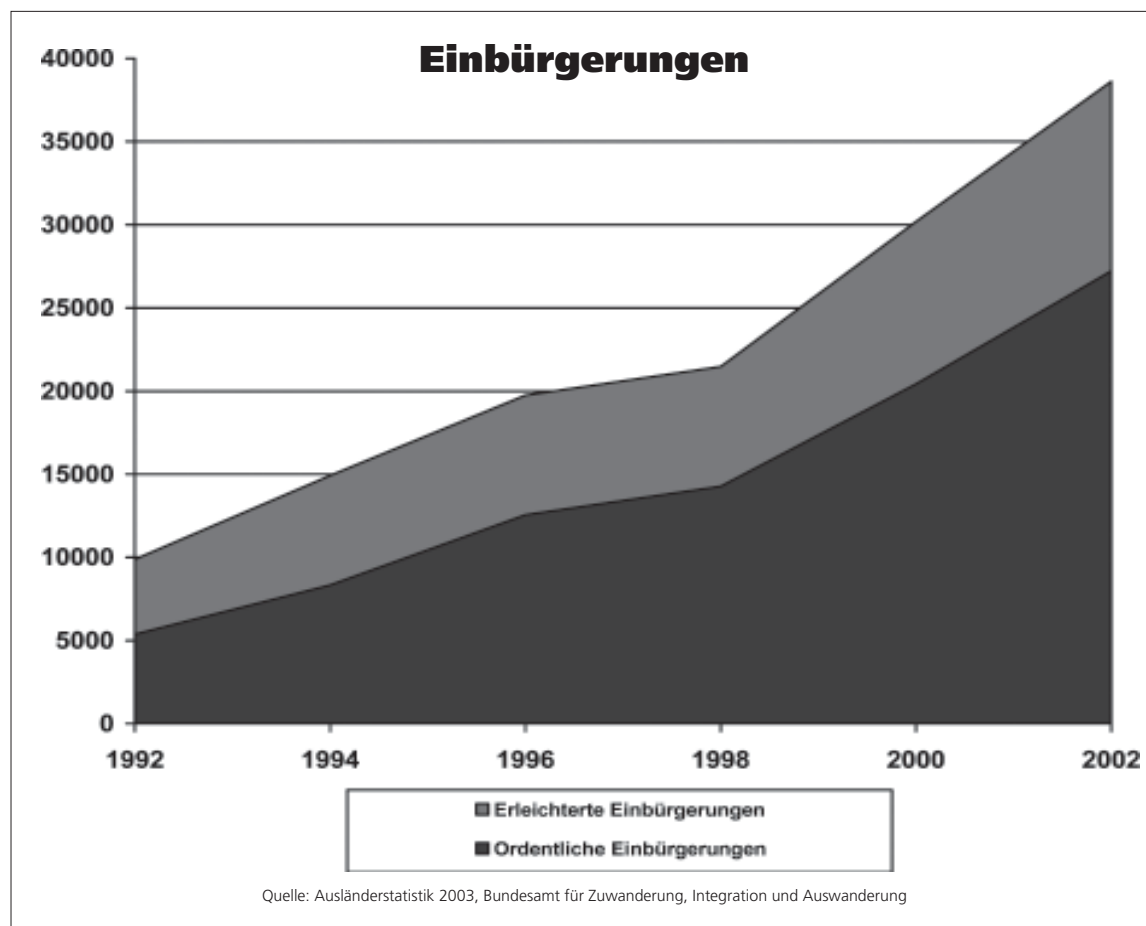
Kein Recht auf Einbürgerung

Die Vorlage zur Erleichterung der Einbürgerungen steht in der Differenzvereinbarung. Vergeblich hatte die SVP sich dem Begehren widersetzt. Mit dem skandalösen Bundesgerichtsentscheid dürfte nun aber allen klar geworden sein, was der Sinn der Vorlage ist: Möglichst viele Personen einzubürgern und mit dem Beschwerderecht faktisch ein Recht auf den Schweizer Pass zu verankern. Dabei wurden in den letzten Jahren schon so viele Erleichterungen geschaffen, dass die Einbürgerungszahlen sich in 10 Jahren fast vervierfacht haben!

Die SVP wird alles daran setzen, den Entscheid des Bundesgerichts im Parlament zu korrigieren und die Autonomie der Gemeinden wieder herzustellen. Den nötigen Druck dazu wird die Volksinitiative bieten, über welche die Delegiertenversammlung am 13. September 2003 zu befinden hat.

Keine Drogenliberalisierung

Spannend wird es bei der Debatte um das Betäubungsmittelgesetz, sofern das Büro des Nationalrats den Mut hat, das Geschäft für die Session zu traktandieren. Lange war die SVP die einzige Partei, die an einem strikten Verbot von



weichen und harten Drogen festhielt. Inzwischen sind noch andere zur Einsicht gekommen, dass die fahrlässige Liberalisierungspolitik des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) nicht nur die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen gefährdet, sondern auch mit zu den Ursachen für die wachsende Gewaltbereitschaft zählt. Es ist zu hoffen, dass eine Mehrheit des Nationalrats zur Einsicht kommt und die vorgesehene Betäubungsmittelgesetzrevision begräbt.

Bundeshaushalt entlasten

Mit dem Entlastungsprogramm sollen endlich langjährige Forderungen der SVP wenigstens teilweise realisiert werden. Die vorgesehenen Sparmassnahmen betreffen lediglich den Speckgürtel der Departemente. Und stünden nicht die Wahlen bevor, würde das Entlastungsprogramm im Parlament kaum eine Mehrheit finden. Nachdem 3 Jahre lang Geld gegen den Willen der SVP

„Stärchschi Fraktion“

„Mir si bald die stärchschi Fraktion“ klang es am Parteifest in Holziken aus den Kehlen der Parlamentarier. **Damit dem so ist, braucht es jede Stimme! Auch Ihre Stimme und die Stimme Ihrer Nachbarn, Freunde und Bekannten! Wählen Sie SVP, damit sich die Situation im Parlament und in der Schweiz zum Besseren wendet!**

Aliko M. Panayides,
stv. Generalsekretärin SVP

verschleudert wurde, besinnen sich nun da und dort einige bürgerliche Politiker doch noch auf ihren Wählerauftrag. Aber die SVP wird ohne Zweifel die einzige Partei sein, die den Bundeshaushalt über dieses minimale Mindestpaket hinaus entlasten will und die auch noch nach den Wahlen an den Sparauftrag denken wird.



Jede Stimme für FDP und CVP ist eine Stimme für die EU

FDP und CVP treiben ein unehrliches Spiel: Über Asylpolitik soll im Wahlkampf nicht diskutiert werden. Über Finanz- und Steuerpolitik soll nicht diskutiert werden. Und auch die Aussenpolitik sei im Moment „überhaupt kein Thema“, heisst es aus den Parteizentralen.

Irrtum! Die Europafrage ist für die kommende Legislatur von höchster Brisanz. Umso wichtiger, dass die Stimmbürger wissen, wem sie ihre Stimme geben!

Was CVP und FDP in diesem Wahlkampf punkto Inhaltslosigkeit bieten, schlägt alle Rekorde. Beide Parteien haben sich klar für den EU-Beitritt ausgesprochen: die FDP 1995 und die CVP 1998. Nun behaupten beide, diese Frage „stelle sich im Moment nicht“ und schweigen beharrlich. „Nur ja nicht Stellung nehmen“, heisst die Devise. Die CVP hat 2001 sogar die Ja-Parole zur EU-Initiative gefasst und sich damit für einen schnellen Beitritt ausgesprochen! Und nun verbietet die Partei ihren Fraktionsmitgliedern, an öffentlichen Podien zur EU-Frage teilzunehmen (z.B. in Holziken). Trotz des parteiinternen Diskussionsverbots gibt es in der CVP aber zahlreiche Exponenten, welche unverhohlen mit einem EU-Beitritt liebäugeln. Auch die FDP-Präsidentin hat Stellung bezogen: Ein EU-Beitritt dränge sich für die Schweiz aus „wirtschaftlicher Notwendigkeit“ auf. Christiane Langenberger übernimmt damit wörtlich die SP-Argumentation. Selbst der Wirtschaftsverband economiesuisse schüttelt den Kopf und distanziert sich von der FDP.

Die Wirtschaft ist längst gegen einen EU-Beitritt. Jeder Unternehmer weiss: Ein EU-Beitritt bedeutet höhere Steuern, mehr Einschränkungen und mehr Bürokratie. Keine Spur von Aufschwung und Freiheit, wie dies FDP und CVP immer wieder behauptet haben. Das bankrotte Deutschland oder das krisengeschüttelte Italien zeigen deutlich, wie erfolgreich in der EU gewirtschaftet wird. Deswegen gilt für den 19. Oktober: Jede Stimme für die FDP oder CVP ist eine Stimme für den EU-Beitritt. Nur wer geschlossen SVP wählt, kann etwas gegen die verfehlte EU-Politik von Bundesrat und Parlament unternehmen!

Gregor A. Rutz, Generalsekretär

SVP - mit dem Volk verbunden!

- ▶ Mi., 10. September 2003, 11.30 - 13.30 Uhr **Nationalrat J. A. Baumann (TG)**
- ▶ Mi., 10. September 2003, 17.00 - 19.00 Uhr **Nationalrat Caspar Baader (BL)**
- ▶ Mi., 17. September 2003, 11.30 - 13.30 Uhr **Ständerat Hans Lauri (BE)**
- ▶ Mi., 17. September 2003, 17.00 - 19.00 Uhr **Nationalrat Rudolf Joder (BE)**
- ▶ Mi., 24. September 2003, 11.30 - 13.30 Uhr **Nationalrat Toni Brunner (SG)**
- ▶ Mi., 24. September 2003, 17.00 - 19.00 Uhr **Nationalrat Marcel Scherer (ZG)**



Die SVP Nummer: 031 302 04 09



Impressum SVPja

**Herausgegeben von der
Stiftung SVP-Parteizeitung**

Erscheint 12 Mal im Jahr

**Verantwortlich für die Redaktion:
Dr. Yves Bichsel**

Anzeigenverwaltung:

Simon Glauser, Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Postadresse:

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26
Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Abonnementspreise:

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung:

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

siehe Adresse **„Druck“**



SVP "en gsundi Sach"

Unter diesem Motto sind die drei aargauischen SVP-Nationalratskandidatinnen am Montag, 4. August 2003, rund 30 Kilometer in die Pedale getreten und haben Unterschriften für die Prämiensenkungsinitiative gesammelt.



Mit speziell geschmückten Velos wurde Volksnähe demonstriert. Viele Leute wollten nicht nur unterschreiben, sondern sich intensiv mit den drei Kandidatinnen (v.l.n.r.) Marianna Mattenberger, Sylvia Flückiger und Milly Stöckli unterhalten. Die verschiedenen Meinungen und Ansichten des Volkes auf diese Weise direkt zu erfahren war ein wichtiger Aspekt und gibt Aufschluss darüber, was das Volk von der Politik denkt.

stellen und mit Argumenten zu überzeugen. Es war sogar ein spontaner SVP-Beitritt zu verzeichnen, was natürlich besonders erfreulich ist.

Fazit: wir haben einen lustigen, spannenden, extrem heissen, aber unwahrscheinlich interessanten Tag erlebt, der unseren politischen SVP-Weg bekräftigt hat. ◀

Es galt denn auch, die Schlagfertigkeit unter Beweis zu

Siehe Seite 16

Haben Sie schon unterschrieben? Nutzen Sie jetzt die Gelegenheit!

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com



Aktualität hat ihren Preis



Mit Bezug zur Aktualität, Vorankündigungen und Reaktionen auf die wichtigsten Entscheide in der eidgenössischen Politik informiert das SVPja monatlich über die politischen Ereignisse in der Schweiz und die Haltung der SVP.

Besonders im Wahlkampf haben diese Informationen einen hohen Stellenwert, indem Sie unseren Mitgliedern und Sympathisanten ein Gesamtbild der Partei vermitteln und die Stossrichtung unserer Forderungen bekannt geben. Die Parteizeitung ist ein wichtiges Element des Wahlkampfes und unterstützt uns in unseren Bestrebungen, den Wähleranteil der SVP weiter auszubauen.

Da sich das SVPja jedoch nicht nur aus den Inserateneinnahmen finanzieren lässt, sind wir auf Ihre freiwilligen Beiträge angewiesen. Aus diesem Grund haben wir in dieser Ausgabe einen Einzahlungsschein beigelegt, mit dem Sie einen Beitrag in der Höhe von Sfr. 35.00 überweisen und somit die monatlich erscheinende Zeitung des Mittelstandes unterstützen können.

Dank Ihrem finanziellen Beitrag können wir garantieren, dass das SVPja weiterhin die aktuellsten politischen Themen aufgreift, Entscheide des Parlamentes kommentiert und die nächsten Schritte der SVP ankündigt.

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Bestellung SVP Shop



Neu im Shop: Polo-Shirts und Post-it!

..... Expl.	Polo-Shirt (Neu!)	dunkelblau	Grösse	(S, M, L, XL, XXL)	Fr. 40.--
..... Expl.	Polo-Shirt (Neu!)	weiss	Grösse	(S, M, L, XL, XXL)	Fr. 40.--
..... Expl.	Post-it (Neu!)	Block à 50 Blatt			Fr. 2.--
..... Expl.	Offiziersmesser	Original Victorinox			Fr. 20.--
..... Expl.	Kleber	Bogen à 35 Kleber			Fr. 6.--
..... Expl.	Jass	deutschschweizer Karten	franz. Karten		Fr. 3.--
..... Expl.	Ballone	Sack à 50 Stück			Fr. 40.--
..... Expl.	Kugelschreiber				Fr. 2.50
..... Expl.	Feuerzeug	nachfüllbar			Fr. 5.--
..... Expl.	Tischtuchrolle	PVC, 1 x 100 m			Fr. 100.--



Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 301 75 85 oder Mail gs@svp.ch



Bäuerliches Bodenrecht: Mehr Spielraum für die Bauern

Das Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) stammt aus dem Jahre 1991. Einer Zeit also, in der über die Zukunft der Landwirtschaft noch andere Vorstellungen herrschten als heute. Seit dem Jahre 1991 hat sich in der Landwirtschaft vieles verändert: Rasante Strukturreform sowie ein deutlicher Rückgang der Zahl der Bauernbetriebe von 91'000 (1991) auf 67'420 (2002).

Durch die aktuellen WTO-Liberalisierungen droht dieser Trend noch beschleunigt zu werden. Seit Inkrafttreten des BGBB können die Bauern ihr Einkommen je länger desto weniger über die Produktpreise erzielen (Direktzahlungen).

Das Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht ist letztmals 1998 einer Teilrevision unterzogen worden, die diverse Anliegen der Landwirtschaft berücksichtigte. Als Selbstbewirtschafter wurde beispielsweise neu auch anerkannt, wer ein Grundstück, das kein landwirtschaftliches Gewerbe darstellt, selbst bearbeitet. Ferner wurde der Ausnahmekatalog vom Realteilungs- und Zerstückelungsverbot für landwirtschaftliche Gewerbe und landwirtschaftliche Grundstücke erweitert. Trotzdem stellt sich angesichts des starken Strukturwandels in der Landwirtschaft die Frage, ob das geltende Gesetz den heutigen Bedürfnissen und Anforderungen noch gerecht werden kann.

Bauernland in Bauernhand

Gemäss dem Zweckartikel des BGBB geht es im Wesentlichen darum,

► die Familienbetriebe zu erhalten und ihre Strukturen zu verbessern

► die Stellung des Selbstbewirtschafters inklusive diejenige des Pächters zu stärken

► übersetzte Preise für landwirtschaftlichen Boden zu bekämpfen.



Diese Grundanliegen haben nach wie vor ihre volle Berechtigung. Insbesondere soll mit landwirtschaftlichem Land nicht spekuliert werden können und dürfen und die Selbstbewirtschafter sollen weiterhin bevorzugt werden. Andererseits wird von unseren Bauern angesichts des rauer werdenden Umfelds immer mehr unternehmerisches Denken und Handeln gefordert. Dem wirkt nun das BGBB in seiner heutigen Ausgestaltung teilweise diametral entgegen.

Im Hinblick auf den in der Landwirtschaft stattfindenden Strukturwandel und den Wachstumsdruck, dem die

Betriebe immer mehr ausgesetzt sind, sollten weitergehende Änderungen und Anpassungen ins Auge gefasst werden. Die „Minireform“, welche per 01.01.2004 in Kraft treten wird, genügt nicht.

Reformbedarf ist ausgewiesen

Reformbedarf im Sinne einer Liberalisierung und im Sinne der Schaffung von mehr Handlungsspielraum für die Landwirtschaft besteht in folgenden Bereichen:

► Erhöhung der Limite für ein landwirtschaftliches Gewerbe, z.B. um 30 %. Diese Limite liegt heute bei 2'100 Arbeitsstunden pro Jahr, welche eine bäuerliche Familie für den Betrieb aufwendet. Mit der Erhöhung dieser Limite würde der Strukturwandel in vertretbarem Ausmass ermöglicht und gefördert (Hinweis: Das Realteilungsverbot und die Übernahme zum Ertragswert gilt nur für Vollerwerbsbetriebe).

► Aufhebung der Belastungsgrenze bei der Belehnung mit Fremdmitteln. Das führt zu mehr Flexibilität und weg von der „Bevormundung“, hin zu mehr „Eigenverantwortung“.



Kurzportrait

Martin Lerch, geboren am 17. April 1955, ist bernischer Fürsprecher und seit 1989 Regierungsverwaltungstatthalter des Amtsbezirks Aarwangen in Langenthal. Als solcher hat er pro Jahr ca. 75 BGBB-Geschäfte zu beurteilen. Als Bauernsohn ist er interessiert an der Landwirtschaft und am ländlichen Raum. Der verheiratete Lerch kommandiert das Oberaargauer-Unterelementaler Infanterie Regiment 16 und ist in diversen sozialen Institutionen aktiv.

► Auch die generelle Aufhebung des Realteilungsverbots und der preislichen Limitierung beim Kauf von Landwirtschaftsland würden den (an sich nötigen) Strukturwandel fördern bzw. bessere Voraussetzungen dafür schaffen.

Festzuhalten bleibt, dass diese Massnahme angesichts tendenziell sinkender Preise in der Praxis in den letzten Jahren nur selten zum Tragen kam.

Insgesamt können wir gespannt sein, wie der Gesetzgeber auf die neuen Herausforderungen reagieren wird. Lockerungen des BGBB für mehr unternehmerischen Spielraum der Bauernfamilien ist ein Gebot der Stunde. ◀

Nutzen Sie die Gelegenheit und unterschreiben Sie jetzt!

Eidgenössische Volksinitiative „für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung“

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und gemäss dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff., folgendes Begehren:

I. Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert: **Art. 117a Krankenversicherung (neu)**

¹Die Krankenversicherung beruht auf:

- der Grundversicherung nach Sozialversicherungsrecht, welche die Kosten für medizinische und pflegerische Leistungen trägt, die der Schmerzlinderung, Heilung und Reintegration dienen, zweckmässig und wirtschaftlich sind, und deren Wirksamkeit von der Wissenschaft anerkannt ist;
- der Zusatzversicherung nach Privatversicherungsrecht.

²Grundversicherer und Leistungserbringer schliessen Leistungsverträge ab, die den Bedürfnissen der Versicherten entsprechen.

³Grundversicherer dürfen nicht an Leistungserbringern und Leistungserbringer nicht an Grundversicherern beteiligt sein.

⁴Die Grundversicherung wird finanziert durch Beiträge des Bundes und der Kantone von zusammen höchstens 50% sowie durch Beiträge der Versicherten.

⁵Bund und Kantone leisten ihre Beiträge an die Grundversicherer.

II. Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert: **Art. 197 Ziff. 2 (neu)**

2. Übergangsbestimmungen zu Art. 117a Krankenversicherung

Die Bestimmungen des neuen Art. 117a treten 3 Jahre nach ihrer Annahme durch Volk und Stände in Kraft. Der Bundesrat erlässt die nötigen Vollzugsbestimmungen auf dem Verordnungswege, bis sie durch die Gesetzgebung abgelöst werden. Bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens von Art. 117a können die Versicherten bei ihrem Grundversicherer die Differenz zum bisherigen Leistungsumfang im Rahmen der Zusatzversicherung ohne Vorbehalte versichern.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

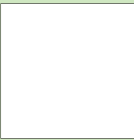
Kanton: Postleitzahl: Politische Gemeinde:

Nr	Name, Vorname Handschrift, Blockschrift	Geburtsdatum	Wohnadresse Strasse, Hausnummer	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle Leer lassen
1					
2					
3					

Ablauf der Sammelfrist: 28.07.2004

Im Bundesblatt veröffentlicht am 28.01.2003

Durch die politische Gemeinde auszufüllen: Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass oben stehende (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort:
Datum:
Amtsstempel  Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson:
amtliche Eigenschaft:
eigenhändige Unterschrift:

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen:

Toni Bortoluzzi, Präsident, Nationalrat, Betpurstr. 6, 8910 Affoltern a. Albis; **Caspar Baader**, Nationalrat, Fraktionspräsident, Baumgärtliring 52, 4460 Gelterkinden; **Eric Bonjour**, Grossrat, Culturaz 22, 1095 Lutry; **Roland Borer**, Nationalrat, Stockackerstr. 17, 4703 Kestenholz; **Toni Brunner**, Nationalrat, Hundsrücken, 9642 Ebnat-Kappel; **Michaël Buffat**, Präsident Junge SVP Waadt, Rte d'Echallens, 1418 Vuarrens; **Herbert Brüttsch**, lic. iur., Fuchshalde 1, 8305 Dietlikon; **Martin Chevallaz**, Grossrat, Vuilletaz 113, 1066 Epalinges; **Gilberte Demont**, Sekretärin SVP Waadt, Ch. de Penguey 4, 1162 St-Prex; **Jean Henri Dunant**, PD Dr. med., Nationalrat, Luftmattstr. 12, 4052 Basel; **Roland Eberle**, dipl. Ing. agr. ETH, Regierungsrat, Gesundheitsdirektor, Haustr. 17, 8570 Weinfelden; **Jean Fattebert**, Nationalrat, 1682 Villars-Bramard; **Silvia Flückiger**, Grossrätin, Badweg 4, 5040 Schöftland; **Walter Häcki**, Dr. med., Grossrat, Geissmatthalde 6, 6004 Luzern; **Hansjörg Hassler**, Nationalrat, Cultira, 7433 Donath; **Philipp Isenburg**, Dr. med. dent., Via Ronchetto 15, 6814 Cadempino; **This Jenny**, Ständerat, Oberdorfstr. 45, 8750 Glarus; **Ilse Kaufmann**, Stadträtin, Hochfelderstr. 49, 8180 Bülach; **Ueli Maurer**, Nationalrat, Parteipräsident SVP, Rebacher 12, 8340 Hinwil; **Eros Mellini**, Sekretär SVP Tessin, Via Muggina, 6962 Viganello; **Ursula Moor**, Kantonsrätin, Hochfelderstr. 2, 8181 Höri; **Franziska Schlupe**, Apothekerin, Südstr. 3, 4950 Huttwil; **Jürg Stahl**, Nationalrat, Zürcherstr. 125, 8406 Winterthur; **Theres Weber-Gachnang**, Kantonsrätin, Krankenschwester, Holländer-Bergli, 8707 Uetikon a. S.; **Bruno Zuppiger**, Nationalrat, Rebaldenstr. 10, 8340 Hinwil.

Weitere Unterschriftenbogen können kostenlos bestellt werden bei:

Komitee für tiefere Krankenkassenprämien - Postfach - 3000 Bern 26 - Für Spenden benutzen Sie bitte das PC-Konto 30-209744-4

**Initiative unterschreiben, diese ganze Seite abtrennen und einsenden an:
Prämiensenkungsinitiative - Postfach 362 - 3052 Zollikofen**